

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Einleitung .....	1
A. Kohleausstieg und Klimawandel .....	2
B. Erkenntnisinteresse: Ökonomische Instrumente versus Ordnungsrecht am Beispiel des Kohleausstiegs .....	4
I. Direkte und indirekte Steuerung .....	7
II. Die Instrumentendebatte aus rechtswissenschaftlicher Sicht .....	11
Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung .....	15
A. Nationaler Kohleausstieg im europäischen Mehrebenensystem .....	15
I. Nationale Gesetzgebung und europäische Kompetenzordnung .....	16
II. Unionaler Zertifikatehandel und nationale Gesetzgebung .....	22
III. Der Kohleausstieg in der nationalen Kompetenzordnung .....	26
B. Zwischen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Grundrechten ....	27
I. Das „Wann“ und „Wie“ des Kohleausstiegs als politische Entscheidungen	28
II. Klima- und Umweltschutz .....	30
III. Energieversorgungssicherheit .....	45
IV. Kohleausstieg und Grundrechte .....	57
V. Ergebnisse: Kohleausstieg als politische Entscheidung .....	66
C. Das Gesetzgebungsverfahren: Komplexitätsbewältigung und Akzeptanzsicherung .....	67
I. Der Kohleausstieg als komplexer Lebenssachverhalt .....	68
II. Akzeptanzsicherung durch die Kohlekommission .....	78
III. Kooperative Rechtsetzung aus juristischer Perspektive .....	78
IV. „Kohlekonsens“ als Grundrechtsverzicht? .....	81

Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung .....	83
<i>A. Kohleausstieg durch direkte Steuerung</i> .....	83
I. Ordnungsrechtliche Instrumente und der Kohleausstieg .....	84
II. Das Verbotsmodell als Maßstab der weiteren Untersuchung .....	88
<i>B. Das Grundrecht auf Eigentum, Art. 14 GG</i> .....	90
I. Mögliche betroffene Eigentumspositionen .....	91
II. Der Kohleausstieg als Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	96
III. Rechtfertigung der Eigentumsbeeinträchtigung und finanzielle Kompensation .....	101
<i>C. Die Berufsfreiheit, Art. 12 GG</i> .....	133
<i>D. Der allgemeine Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG</i> .....	134
<i>E. Zusammenfassung: Relativ schwacher eigentumsrechtlicher Schutz</i> ...	135
 Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung .....	137
<i>A. Allgemeines</i> .....	137
I. Indirekte Steuerung durch ökonomische Instrumente .....	138
II. Die Unschärfe ökonomischer Steuerung .....	141
III. Ökonomische Instrumente als Rechtsproblem .....	145
<i>B. Ungewissheit über die Wirkung ökonomischer Instrumente</i> .....	150
I. Von der Wissensgenerierung zur Prognose: Prognoseprärogative .....	151
II. Die Reichweite der Prognose und gesetzgeberische Zielvorgaben .....	151
III. Ungewissheit und Grundrechtsschutz .....	153
IV. Zusammenfassung: Unsicherheit als grundrechtlicher Rechtsschutznachteil .....	165
<i>C. Die Erdrosselung als Steuerungsmittel</i> .....	166
I. Das Erdrosselungsverbot und seine Reichweite .....	167
II. Kohleausstieg durch Erdrosselung .....	177
III. Erdrosselung und Grundrechte .....	180
IV. Zusammenfassung: Erdrosselung zwischen Finanzverfassungsrecht und Grundrechten .....	206
<i>D. Einzelne ökonomische Ausstiegsinstrumente</i> .....	207
I. Lenkungsabgaben .....	207
II. Konkurrenzfördernde Maßnahmen .....	241
III. Nationale Modifikationen unionsrechtlicher Instrumente .....	253

Vierter Teil: Der Instrumentenmix .....	261
<i>A. Kohleausstieg durch einen Instrumentenmix</i> .....	261
<i>B. Belastungskumulationen als Rechtsproblem</i> .....	262
I. Gesetzgeberische Zielsetzung als Normenklammer .....	265
II. Grundrechtsmethodische Fragen .....	267
III. Unzulässige Belastungskumulationen vor dem Bundesverfassungsgericht ..	280
<i>C. Folgerungen für einen Instrumentenmix im Kohlesektor</i> .....	282
 Fünfter Teil: Ergebnisse und Ausblick .....	285
<i>A. Thesen</i> .....	285
I. Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung .....	285
II. Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung .....	286
III. Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung .....	287
IV. Vierter Teil: Der Instrumentenmix .....	290
<i>B. Der Vorschlag der Kohlekommission und andere Ausstiegsszenarien</i> ..	291
I. Der Vorschlag der Kohlekommission .....	291
II. Ordnungsrechtliches Alternativszenario: Restverschmutzungsrechte .....	300
III. Ergänzung des ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehls durch ökonomische Instrumente am Beispiel der CO <sub>2</sub> -Steuer .....	301
IV. Ökonomische Anreize als (Haupt-)Ausstiegsinstrument: Kohleausstiegs-Sonderabgabe statt Steuerfinanzierung .....	304
V. Zusammenfassung: Vor- und Nachteile des Vorschlags der Kohlekommission .....	306
<i>C. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Felder der Umwelt- und Wirtschaftspolitik</i> .....	306
I. Die Abschaltung von Gaskraftwerken .....	308
II. Die Energiewende im Wärmesektor .....	309
III. Das Ende des Verbrennungsmotors .....	314
IV. Übertragung der finanzverfassungsrechtlichen Ergebnisse .....	320
V. Ergebnisse: Ökonomische Ausstiegsinstrumente jenseits des Kohlesektors ..	320
 Literaturverzeichnis .....	321
Sachregister .....	353

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Einleitung .....	1
<i>A. Kohleausstieg und Klimawandel .....</i>	<i>2</i>
<i>B. Erkenntnisinteresse: Ökonomische Instrumente versus Ordnungsrecht am Beispiel des Kohleausstiegs .....</i>	<i>4</i>
I. Direkte und indirekte Steuerung .....	7
II. Die Instrumentendebatte aus rechtswissenschaftlicher Sicht .....	11
Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung .....	15
<i>A. Nationaler Kohleausstieg im europäischen Mehrebenensystem .....</i>	<i>15</i>
I. Nationale Gesetzgebung und europäische Kompetenzordnung .....	16
1. Mitgliedstaatliche Kompetenz zum Klimaschutz .....	16
2. Art. 9 Abs. 1 IE-RL als Kompetenzsperre für nationales Ordnungsrecht .....	18
a) Auslegung der IE-RL: Verbot von CO <sub>2</sub> -Grenzwerten, nicht von CO <sub>2</sub> -Budgets .....	18
b) Verstoß der IE-RL gegen Primärrecht? .....	20
II. Unionaler Zertifikatehandel und nationale Gesetzgebung .....	22
1. Konsistenz zwischen nationalen Klimaschutzmaßnahmen und Zertifikatehandel als Verfassungsgebot? .....	23
2. Verlagerungseffekte und nationaler Klimaschutz .....	24
III. Der Kohleausstieg in der nationalen Kompetenzordnung .....	26
<i>B. Zwischen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Grundrechten ....</i>	<i>27</i>
I. Das „Wann“ und „Wie“ des Kohleausstiegs als politische Entscheidungen .....	28
II. Klima- und Umweltschutz .....	30
1. Völkervertragsrecht: Das Pariser Klimaübereinkommen .....	31
2. Europäische Menschenrechtskonvention .....	34
3. Europarechtliche Klimaschutzpflichten .....	34

4. Klimaschutz im nationalen Verfassungsrecht .....	35
a) Art. 20a GG als Schutznorm gegen den Klimawandel .....	36
aa) Nationaler oder globaler Schutz der Lebensgrundlagen .....	37
bb) Gesetzgeberische Gestaltungsfreiheit und Konkretisierungsansätze .....	39
(1) Nachhaltigkeitsprinzip .....	40
(2) Vorsorgeprinzip .....	41
(3) Verschlechterungsverbot .....	41
b) Grundrechtliche Schutzpflichten gegen den Klimawandel .....	42
5. Zusammenfassung: Gestaltungsoffene Rechtspflicht zum Klimaschutz ..	44
III. Energieversorgungssicherheit .....	45
1. Die Gefährdung der Versorgungssicherheit in der Energiewende .....	46
2. Einfachgesetzliche Absicherung der Versorgungssicherheit und Braunkohlereserve .....	47
3. Die Versorgungssicherheit als Rechtsposition .....	49
a) Europarechtliche Gewährleistung und Solidaritätspflicht .....	49
aa) Materiell-rechtliche Solidaritätspflichten als Grenze nationaler energiepolitischer Entscheidungen .....	50
bb) Versorgungssicherheit in der Grundrechtecharta .....	51
b) Verfassungsrechtliche Absicherung der Versorgungssicherheit .....	52
4. Der Beitrag der Kohle zur Wärmeversorgung .....	54
5. Folgerungen für ein Phasing-Out der Kohle .....	55
IV. Kohleausstieg und Grundrechte .....	57
1. Gesundheitsschutz der Bürger .....	57
2. Grundrechte der Arbeitnehmer im Kohlestromsektor .....	58
3. Grundrechte der Anlagenbetreiber .....	59
a) Wirtschaftsgrundrechte und Gleichheitssatz .....	59
b) Grundrechtsberechtigung der kohleverstromenden Unternehmen ...	60
aa) Keine Grundrechtsberechtigung staatlich beherrschter Unternehmen .....	60
bb) Ausländische Unternehmen: Vattenfall als grundrechtlicher Spezialfall .....	61
cc) Kein Grundrechtsausschluss wegen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben .....	63
dd) Individualisierter Grundrechtsschutz in weitgehend regulierten Märkten? .....	64
4. Die Grundrechte anderer, von der Kohleverstromung abhängiger Betriebe .....	65
V. Ergebnisse: Kohleausstieg als politische Entscheidung .....	66
C. <i>Das Gesetzgebungsverfahren: Komplexitätsbewältigung und     Akzeptanzsicherung</i> .....	67
I. Der Kohleausstieg als komplexer Lebenssachverhalt .....	68
1. Klimawissenschaftliche Komplexität .....	69

2. Ökonomische Komplexität .....	69
3. Wissensgenerierung im Gesetzgebungsverfahren .....	71
a) Das Wesentlichkeitsgebot: Keine Verlagerung der Kohleausstiegsentscheidung auf die Exekutive .....	71
b) Komplexitätsreduktion im Gesetzgebungsverfahren .....	72
aa) Pflicht zur Wissensgenerierung im Gesetzgebungsverfahren ...	72
bb) Generierung und Bewertung von Wissen im Bundesgesetzgebungsverfahren .....	75
(1) Staatsinterne Wissensgenerierung .....	75
(2) Wissensgenerierung durch externen Sachverstand und die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ .....	76
II. Akzeptanzsicherung durch die Kohlekommission .....	78
III. Kooperative Rechtsetzung aus juristischer Perspektive .....	78
IV. „Kohlekonsens“ als Grundrechtsverzicht? .....	81
 Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung .....	83
 A. Kohleausstieg durch direkte Steuerung .....	83
I. Ordnungsrechtliche Instrumente und der Kohleausstieg .....	84
1. Verbot nach Vorbild des Atomausstiegs .....	84
2. CO <sub>2</sub> -Grenzwerte .....	86
3. Beeinflussung des Zertifikate-Caps .....	86
4. Verbot des CO <sub>2</sub> -Ausstoßes mit Befreiungsvorbehalt .....	87
5. Planungsrechtliche Instrumente .....	87
II. Das Verbotsmodell als Maßstab der weiteren Untersuchung .....	88
1. Unterschiedliche Ausgestaltungen eines Verbots von Kohlekraftwerken .....	88
2. Verbot von Neuanlagen und Retrofitmaßnahmen als „wesensgleiches Minus“ .....	89
B. Das Grundrecht auf Eigentum, Art. 14 GG .....	90
I. Mögliche betroffene Eigentumspositionen .....	91
1. Zivilrechtliches Eigentum .....	91
2. Konkretisierung des Schutzzumfangs: Die Genehmigung nach § 4 BImSchG .....	92
3. Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb .....	94
4. Sonderfall: Reststrommengen und CO <sub>2</sub> -Budgets .....	95
5. Zwischenergebnis: Verfassungsrechtlicher Investitionsschutz durch Art. 14 Abs. 1 GG .....	96
II. Der Kohleausstieg als Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	96
1. Kein Güterbeschaffungsvorgang .....	97
2. Kohlereserve als Enteignung? .....	99
III. Rechtfertigung der Eigentumsbeeinträchtigung und finanzielle Kompensation .....	101

1. Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit . . . . .	101
2. Die Angemessenheit eines ordnungsrechtlichen Kohleausstiegsgesetzes . . . . .	102
a) Grundsatz: Substanzschutz vor Vermögensschutz . . . . .	102
b) Ausnahmefall: Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schränkenbestimmung . . . . .	103
aa) Sonderopfer als Voraussetzung der ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung . . . . .	104
bb) Neue Fallgruppe: Ausgleichspflicht ohne Sonderopfer . . . . .	105
c) Besondere Sozialbindung des Eigentums an Kernkraftwerken . . . . .	106
d) Vergleichbare Sozialbindung des Eigentums an Kohlekraftwerken? . . . . .	108
aa) Elektrizitätsversorgung als Bestandteil der Daseinsvorsorge . . . . .	108
bb) Geringer personaler Bezug des Eigentums an Kraftwerken . . . . .	108
cc) Hochrisikotechnologien und klimaschädliche Technologien . . . . .	109
dd) Gesetzgeberische Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie . . . . .	111
ee) Die Anerkennung der besonderen Sozialbindung der Kohlekraft als Ausweitung der atomrechtlichen Sonderdogmatik . . . . .	112
e) Ergebnis: Kein Substanzschutz für Kohlekraftwerke . . . . .	113
f) Notwendige Entschädigungs- und Ausgleichszahlungen? . . . . .	114
aa) Vertrauensschutz als eng zu verstehende Ausnahmekonstellation . . . . .	114
bb) Die Rechtsfolge des Vertrauensschutzes und die Bemessung staatlicher Entschädigungen . . . . .	117
cc) Kein Vertrauen auf Kostenamortisation . . . . .	119
dd) Vertrauenstatbestand . . . . .	120
(1) Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung . . . . .	120
(2) Bergrechtliche Rahmenbetriebspläne . . . . .	121
(3) Vertrauensschutz durch „Maximalziele“ in § 1 Abs. 2 EEG oder durch den Emissionshandel? . . . . .	123
(4) Äußerungen im politischen Diskurs . . . . .	124
(5) Bedeutung für die Daseinsvorsorge . . . . .	125
(6) Vorschlag der Kohlekommission . . . . .	126
ee) Grundrechtliche Unzumutbarkeit frustrierter Investitionen? . . . . .	126
(1) „Klimakonsens“ und Energiewende: Der Kohleausstieg als absehbare Entwicklung . . . . .	127
(2) Abschaltung bis 2030 als grundsätzlich zulässige Beeinträchtigung . . . . .	128
(3) Sonderfall: Braunkohletagebau . . . . .	130
ff) Mangelnde Rechts- und Investitionssicherheit . . . . .	132
C. Die Berufsfreiheit, Art. 12 GG . . . . .	133
D. Der allgemeine Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG . . . . .	134
E. Zusammenfassung: Relativ schwacher eigentumsrechtlicher Schutz . . . . .	135

Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung .....	137
<i>A. Allgemeines</i> .....	137
I. Indirekte Steuerung durch ökonomische Instrumente .....	138
II. Die Unschärfe ökonomischer Steuerung .....	141
1. Rückgriff auf das homo-oeconomicus-Modell .....	142
2. Verbleibende Ungewissheit .....	144
III. Ökonomische Instrumente als Rechtsproblem .....	145
1. Die Berufsfreiheit als maßgebliches Grundrecht. ....	145
2. Vertrauensschutz und indirekte Steuerung .....	146
3. Das Ordnungsrecht als Maßstab der grundrechtlichen Bewertung ....	148
<i>B. Ungewissheit über die Wirkung ökonomischer Instrumente</i> .....	150
I. Von der Wissensgenerierung zur Prognose: Prognoseprärogative .....	151
II. Die Reichweite der Prognose und gesetzgeberische Zielvorgaben .....	151
III. Ungewissheit und Grundrechtsschutz .....	153
1. Ökonomische Instrumente als grundrechtliches aliud zum Ordnungsrecht .....	153
2. Unterschiede beim Verfassungsrechtsschutz .....	154
a) Ex-ante: Kontrolle des inneren Gesetzgebungsverfahrens als Kompensation von Ungewissheit .....	157
aa) Verfahrenskontrolle trotz Prognosespielräumen .....	158
bb) Kompensation judikativer Wissensdefizite .....	159
cc) Reichweite der Kompensation .....	160
b) Ex-post: Zurechnungsschwierigkeiten und Nachbesserungspflichten	162
aa) Zurechnung ökonomischer Belastungen zum Staat .....	163
bb) Nachbesserungen als Korrektiv fehlgehender Prognosen .....	164
IV. Zusammenfassung: Unsicherheit als grundrechtlicher Rechtsschutznachteil .....	165
<i>C. Die Erdrosselung als Steuerungsmittel</i> .....	166
I. Das Erdrosselungsverbot und seine Reichweite .....	167
1. Das (finanzverfassungsrechtliche) Verbot der Erdrosselungssteuer ....	168
a) Kein pauschaler Verstoß gegen das Übermaßverbot .....	168
b) Erdrosselungssteuer als finanzverfassungsrechtlicher Formenmissbrauch .....	169
c) Die zeitliche Komponente des Erdrosselungsverbots .....	171
d) Prohibitive Wirkung in einzelnen Sektoren als Formenmissbrauch?	174
2. Keine Übertragbarkeit des Verbots auf andere Formen ökonomischer Steuerung .....	176
3. Zwischenergebnis: Beschränkte Reichweite des Erdrosselungsverbots	177
II. Kohleausstieg durch Erdrosselung .....	177
1. Vor- und Nachteile .....	178
2. Nutzung im Instrumentenmix .....	180



III. Erdrosselung und Grundrechte .....	180
1. Schutzbereich: Erdrosselnde Belastungen als Eigentumsbeeinträchtigung? .....	181
2. Erdrosselung als Eingriffskriterium .....	182
3. Erdrosselung als Belastungstypisierung bei der Grundrechtsprüfung ...	183
a) „Verwaltungsfunktion mit Verbotscharakter“ .....	183
b) Erdrosselung als Verbot: Eine grundrechtliche Typisierung .....	185
aa) Ökonomischer Zwang und ökonomisches Gebot .....	186
bb) Erdrosselung (auch) durch ökonomische Gebote .....	187
cc) Voraussetzung der Typisierung: Vergleichbarkeit der grundrechtlichen Belastung .....	187
(1) Schutz rentabler Unternehmen .....	188
(2) Schutz unrentabler Tätigkeiten .....	190
(3) Erhöhte Unsicherheit .....	192
(4) Ergebnis: Zulässigkeit der typisierten Erfassung von Erdrosselungen als Verbot .....	193
c) Das hypothetische Verbot als Maßstab .....	194
4. Die Erdrosselungsschwelle .....	195
a) Rentabilität als maßgeblicher Faktor bei (finalen) Erdrosselungen ..	196
b) Die asymmetrische Belastungswirkung und das Maßstabsunternehmen .....	198
aa) Orientierung am schwächsten Adressaten .....	198
bb) Orientierung am marktstärksten Adressaten .....	199
cc) Orientierung am durchschnittlichen Marktakteur .....	201
(1) Das Altmark-Trans-Kriterium vom „durchschnittlichen, gut geführten Unternehmen“ .....	202
(2) Parallelen zur Altmark-Trans-Problematik: Berücksichtigung öffentlicher Unternehmen? .....	203
5. Erdrosselung als Gleichheitsproblem .....	204
IV. Zusammenfassung: Erdrosselung zwischen Finanzverfassungsrecht und Grundrechten .....	206
D. Einzelne ökonomische Ausstiegsinstrumente .....	207
I. Lenkungsabgaben .....	207
1. Das Steuerstaatsprinzip .....	209
2. Die freiheitsrechtliche Wirkung vermeidender Lenkungsabgaben ....	210
a) Streit um den eigentumsbeeinträchtigenden Charakter der Zahlungspflicht .....	211
b) Der Lenkungsbefehl als Grundrechtseingriff .....	212
3. Steuern .....	214
a) Anknüpfen an CO <sub>2</sub> -Ausstoß oder Nutzung von Emissionszertifikaten .....	214
b) Besteuerung der Verbrennung von Kohle im Rahmen des EnergieStG .....	216

4. Nicht-steuerliche Abgaben .....	218
a) Vorzugslasten (Gebühren und Beiträge) .....	218
b) Ressourcennutzungsgebühren .....	219
aa) Öffentlich-rechtliches Bewirtschaftungssystem .....	219
bb) Die Nutzung von Umweltgütern als Bestandteil grundrechtlicher Handlungsfreiheit .....	222
cc) Inkompatibilität von Kostendeckungsprinzip und Klimaschutzkosten .....	223
c) Sonderabgaben .....	225
aa) Kompensationsabgaben .....	226
(1) Finanzverfassungsrechtliche Sonderstellung von Kompensationsabgaben .....	227
(2) Ausgestaltung als rechtspflichtersetzende oder rechtspflichtdurchsetzende Abgabe .....	228
(3) Die grundrechtliche Bewertung von Kompensationsabgaben am Maßstab des ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehls .....	229
bb) Sonderabgaben ohne ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehl ...	229
(1) Unterschiedliche Anforderungen an Lenkungs- und Finanzierungsabgaben? .....	230
(2) Der Lenkungscharakter als untaugliches Abgrenzungskriterium .....	231
(3) Zulässigkeit einer Kohleausstiegs-Sonderabgabe .....	232
(a) Die zu finanzierende Aufgabe: verschiedene Finanzierungszwecke .....	233
(b) Rechtfertigung der Finanzierungsverantwortung aus dem Gruppennutzen der Abgabenverwendung .....	234
(c) Finanzierungsverantwortung aufgrund einer Verursachungsverantwortung .....	234
(d) Verantwortungsnahe im regulierten Wettbewerb .....	237
(e) Sonderfall: (Er-)Drosselung statt Marktordnung .....	238
5. Ergebnis: Steuern und Sonderabgaben als Ausstiegsinstrumente .....	240
II. Konkurrenzfördernde Maßnahmen .....	241
1. Ökostromförderung .....	241
2. Das Beihilfenrecht als Hemmnis der Konkurrenzförderung .....	243
3. Finanzverfassungsrecht und Umlagefinanzierung .....	245
4. Grundrechtliche Wirkung von Konkurrenzförderungsmaßnahmen ...	245
a) Anwendung der Wettbewerbsfreiheit .....	245
b) Grundrechtseingriffe durch staatliche Marktbeeinflussung .....	248
aa) Ökostromförderung als finaler Eingriff .....	251
bb) Ökostromförderung als belastungsintensiver Eingriff im Instrumentenmix .....	252
c) Rechtfertigung eines Eingriffs durch Konkurrenzförderung im Strommarkt .....	253

III. Nationale Modifikationen unionsrechtlicher Instrumente .....	253
1. Rechtspflicht zur Löschung von Zertifikaten: der nationale „Klimaschutzbeitrag“ .....	253
a) Verstoß gegen die EHS-RL .....	254
b) Berücksichtigung der Schutzverstärkungsklausel (Art. 193 AEUV) .....	255
2. Erhöhung des Zertifikatepreises durch zusätzliche Abgaben .....	256
3. Mitgliedstaatliche Beteiligung am Zertifikatehandel .....	258
4. Nationales Zertifikatehandelssystem und nationale Netzzugangsprivilegien für Ökostrom .....	259
 Vierter Teil: Der Instrumentenmix .....	261
A. Kohleausstieg durch einen Instrumentenmix .....	261
B. Belastungskumulationen als Rechtsproblem .....	262
I. Gesetzgeberische Zielsetzung als Normenklammer .....	265
II. Grundrechtsmethodische Fragen .....	267
1. Betroffenheit unterschiedlicher Grundrechte .....	269
a) Berücksichtigung der Eingriffe in unterschiedliche Grundrechte .....	269
b) Nur Eingriffe in dasselbe Grundrecht berücksichtigungsfähig .....	271
c) Belastungskumulation als einheitlicher Grundrechtseingriff .....	272
d) Zwischenergebnis: Prüfung des Einzelinstruments und Berücksichtigung des Belastungsumfelds .....	273
2. Lenkungssteuern im erdrosselnden Instrumentenmix .....	274
3. Berücksichtigung von Belastungen ohne Eingriffsqualität .....	275
4. Unionsrechtliche Belastungen als Bestandteil der Belastungskumulation .....	277
III. Unzulässige Belastungskumulationen vor dem Bundesverfassungsgericht .....	280
C. Folgerungen für einen Instrumentenmix im Kohlesektor .....	282
 Fünfter Teil: Ergebnisse und Ausblick .....	285
A. Thesen .....	285
I. Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung .....	285
II. Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung .....	286
III. Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung .....	287
IV. Vierter Teil: Der Instrumentenmix .....	290
B. Der Vorschlag der Kohlekommission und andere Ausstiegsszenarien .....	291
I. Der Vorschlag der Kohlekommission .....	291
1. Konsenslösungen und Ordnungsrecht .....	291
2. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	293

3. Entstehung grundrechtlichen Vertrauensschutzes .....	295
a) Einvernehmliche Verhandlungslösung .....	295
b) Ordnungsrechtliches Vorgehen mit Evaluationsklauseln .....	296
4. Überobligatorische Entschädigungen: Beihilfenrecht als limitierender Faktor .....	297
II. Ordnungsrechtliches Alternativszenario: Restverschmutzungsrechte .....	300
III. Ergänzung des ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehls durch ökonomische Instrumente am Beispiel der CO <sub>2</sub> -Steuer .....	301
1. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	302
2. Vor- und Nachteile .....	303
IV. Ökonomische Anreize als (Haupt-)Ausstiegsinstrument: Kohleausstiegs-Sonderabgabe statt Steuerfinanzierung .....	304
1. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	304
2. Vor- und Nachteile .....	305
V. Zusammenfassung: Vor- und Nachteile des Vorschlags der Kohlekommission .....	306
C. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Felder der Umwelt- und Wirtschaftspolitik .....	306
I. Die Abschaltung von Gaskraftwerken .....	308
II. Die Energiewende im Wärmesektor .....	309
1. Steuerungsoptionen und Vergleichbarkeit mit dem Kohleausstieg .....	309
2. Rechtliche Fragen .....	311
a) Substanz- oder Vermögensschutz? .....	311
b) Ökonomische Instrumente, homo-oeconomicus-Modell und Erdrosselung .....	313
III. Das Ende des Verbrennungsmotors .....	314
1. Steuerung der KFZ-Hersteller .....	315
2. Autofahrer als Steuerungsadressaten .....	316
3. Erdrosselungsinstrumente im Verkehrssektor .....	317
a) Autofahrer .....	317
b) KFZ-Hersteller .....	319
IV. Übertragung der finanzverfassungsrechtlichen Ergebnisse .....	320
V. Ergebnisse: Ökonomische Ausstiegsinstrumente jenseits des Kohlesektors .....	320
Literaturverzeichnis .....	321
Sachregister .....	353